Informationsdepesche

02 - 2013

► Inhaltsverzeichnis

1.	Spanien - Schweiz	3
1.1	Neues Amtshilfegesetz	3
1.2	Kampf gegen Schwarzgeld	3
2.	Änderungen mit hohem Praxisbezug.	4
2.1	Steuerfreie Veräußerung ab dem 65igsten Lebensjahr.	4
2.2	Einführung einer Spekulationsfrist	4
2.3	Missbrauchsabwehr bei steuerlichen Gestaltungen in Spanien	5
2.3.1	Art. 15 - Allgemeines Steuergesetz	5
2.3.2	Art. 16 - Allgemeines Steuergesetz	6
2.4	Besteuerung von spanischem Grundbesitz in Deutschland	6
2.4.1	Vermietungseinkünfte	7
2.4.2	Selbstnutzung	7
2.4.3	Veräußerungsgewinne	7
2.4.4	Zusammenarbeit der Behörden	8
3.	Spanische DBA-Politik & FATCA	9
3.1	Veräußerung von Anteilen an Immobiliengesellschaften	9
3.2	Hybride Finanzierung	9
3.3	Authorized OECD Approach	10
3.4	Verhinderung weißer Einkünfte	10
3.5	Bekämpfung der Steuerhinterziehung	11
3.6	Kampf gegen Steuerlücken	12
4.	Praxishinweise für die Umkehr der IVA-Zahllast.	12
5.	Erstellung der Buchhaltung im EU-Ausland	13
6.	Immobilienpreisentwicklung	13
7.	Haftungshinweise	14
8.	Schriftenreihe "Mallorca 2030".	15
9.	Ansprechpartner	17

1. Spanien - Schweiz

1.1 Neues Amtshilfegesetz

Ab dem 01. Februar 2013 tritt in der Schweiz das neue Gesetz für die internationale Amtshilfe in Steuersachen in Kraft. Die Schweiz hat damit die Erweiterungen der allgemeinen OECD - Richtlinien, die seit dem 18. Juli 2012 gelten, umgesetzt. Durch die Einführung dieses Gesetzes sind auch Gruppenanfragen auf Basis von Verhaltensmustern und damit ohne Angabe von Kundennamen möglich.

Am 18. Januar ist die Referendumsfrist für das Amtshilfegesetz ergebnislos abgelaufen. Am 19. Januar hat der Bundesrat in Bern, dann die Einführung zum 01. Februar 2013 verkündet. Dieses Gesetz gilt auch im Verhältnis zu Deutschland und Spanien.

Das Gesetz hat aber einen faden Beigeschmack. Der Bundesrat denkt deshalb schon laut über eine Revision des Gesetzes nach, bevor es in Kraft tritt. Den Anlass lieferte laute Kritik aus dem Ausland (OECD und insbesondere Frankreich), dass die Schweiz bei jedem Amtshilfegesuch die betroffenen Steuerpflichtigen informiert. Gemäss dem neuen Gesetz muss der Betroffene bei Vorliegen eines Amtshilfegesuch zwar nicht mehr informiert werden, wenn die ausländische Behörde glaubhaft Geheimhaltungsgründe geltend macht. Doch die Schlussverfügung der Eidgenössischen Steuerverwaltung ist den beschwerdeberechtigten Personen (und damit den Betroffenen) zuzustellen. Es ist davon auszugehen, dass der Bundesrat hier eine Anpassung vornimmt um der ausländischen Lesart der OECD-Standards zu entsprechen.

1.2 Kampf gegen Schwarzgeld

Als Reaktion auf die Finanzkrisen der letzten Jahre, die Rettung der UBS durch den Staat sowie die Aufdeckung der Schwarzgeld-Praktiken der Schweizer Banken, will der Bundesrat die Gesetzgebung für den Finanzplatz neu ausrichten. In Zukunft soll sich der Finanzplatz durch Qualität, Integrität und Stabilität auszeichnen. Im Bericht zur Finanzmarktpolitik, welchen der Bundesrat am 19. Dezember 2012 verabschiedet hat, setzt er den Schwerpunkt für die Entwicklung der Branche auf die Vermögensverwaltung.

Dafür sollen aber ausdrücklich nur noch versteuert Gelder infrage kommen. Unter anderem will der Bundesrat deswegen schwere Steuerdelikte, also nicht nur Steuerbetrug, sondern auch schwere Steuerhinterziehung, als Vortaten für Geldwäscherei qualifizieren. Zudem will er die Banken dazu verpflichten, bei Neukunden das Risiko

abzuschätzen, dass diese Steuern hinterziehen. Die Finanzfirmen müssen fehlbare Kunden den Behörden melden, mit zweifelhaften Kunden dürften sie keine Geschäftsbeziehungen mehr eingehen.

2. Änderungen mit hohem Praxisbezug

Nachfolgend beschreiben wir einige aktuelle Gesetzesänderungen denen wir einen hohen Praxisbezug zuordnen.

2.1 Steuerfreie Veräußerung ab dem 65igsten Lebensjahr

Das Recht auf den Verkauf des Hauptwohnsitzes (Steuerresident) ohne Gewinnbesteuerung entsteht mit Erlangen des 65. Lebensjahrs. Bis zum 31.12.2012 galt diese Regelung bis zum Erlangen des 63. Lebensjahres.

Die genannte Frist von 3 Jahren, während denen die Immobilie vom Verkäufer als Hauptwohnsitz genutzt worden sein muss, muss nicht unbedingt an den Verkaufszeitpunkt anschließen, sondern der Gesetzgeber räumt die Steuerbefreiung auch dann ein, wenn die besagte Immobilie bis zu einem beliebigen Zeitpunkt in den 2 Jahren vor dem Verkauf mindestens 3 Jahre lang kontinuierlich als Hauptwohnsitz genutzt worden ist.

Die gesetzlichen Grundlagen sind die folgenden: Artikel 33.4.B) sowie Artikel 68 des Einkommensteuergesetzes (Ley 35/2006 vom 28. November 2006), Artikel 54 des Königl. Dekrets 439/2007 vom 30. März 2007 und die verbindliche Rechtsauskunft V 1255-2008 vom 16. Juni 2008 der Ministerialabteilung Steuern.

2.2 Einführung einer Spekulationsfrist

Allgemein: Sie haben vier Jahre, um Spekulationsgewinne gegen –verluste aufzurechnen. Allerdings müssen Verluste realisiert sein, um kompensiert werden zu können, d.h. Ihre noch nicht realisierten Aktienverluste aus 2010 (Kursverluste) können nicht genutzt werden.

Die für Sie wichtige Änderung tritt mit 1. Januar 2013 in Kraft, ab diesem Zeitpunkt wandern kurzfristige Börsengewinne (weniger als ein Jahr) in die allgemeine Bemessungsgrundlage der Einkommenssteuer, während die kurzfristigen Verluste dort nur noch bis zu 10 % der Höhe der Bemessungsgrundlage gegenverrechnet werden können, dies allerdings ebenfalls für vier Jahre. Vor der Einrechnung in die IRPF werden diese

kurzfristigen Gewinne und Verluste natürlich gegeneinander aufgerechnet, können jedoch nicht gegen langfristige Gewinne/Verluste aufgerechnet werden, die in ihrer gesonderten Besteuerungskategorie „Kapitalerträge“ verbleiben.

Die Fristen für Verlustvortrag ändern sich also nicht. Allerdings wird es schwieriger, Verluste aus kurzfristigen Engagements zu kompensieren, wenn die Bemessungsgrundlage für die Einkommenssteuer in Relation zur Höhe der kurzfristigen Börsenverluste relativ niedrig ist. Vorteilhaft ist die neue Regelung vor allem für Personen mit hohem Einkommen, die mit kurzfristigen Engagements Verluste an der Börse erleiden. Benachteiligt und höher besteuert werden kurzfristige Börsengewinne.

Ob kurzfristige Verluste aus 2012 und früher ab 2013 im Rahmen einer vorgesehenen Übergangsregelung in höherem Umfang als 10 % gegen allgemeines Einkommen verrechnet werden können, wie es den Anschein hat, können wir im Detail nicht mit letzter Sicherheit sagen, denn für diesen Punkt erwarten wir selbst noch eine Abklärung.

2.3 Missbrauchsabwehr bei steuerlichen Gestaltungen in Spanien

In Deutschland gibt es den Paragraphen 42 AO (Abgabenordnung) durch den „Missbräuche von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten“ geahndet werden können. In Spanien gibt es ebenfalls entsprechende Vorschriften, die nach deutschem Rechtsverständnis sehr weitreichend und auch nicht verständlich sind. Insbesondere werden diese „Vorschriften zur Missbrauchsabwehr“ auch eingesetzt wenn eine Gestaltung gewählt wird die dazu dient steuerliche Ersparnisse zu erlangen. Wenn kein wirtschaftliches Motiv im Vordergrund steht – oder/und dieses glaubhaft vermittelt werden kann – kommen die beiden folgenden Vorschriften zur Anwendung.

2.3.1 Art. 15 - Allgemeines Steuergesetz

Nach Artikel 15 des Allgemeinen Steuergesetzes liegt eine zu missbilligende rechtliche Gestaltung vor, wenn dadurch der Steuerpflichtige das Erfüllen eines steuerbaren Tatbestandes ganz oder zum teil verhindert oder *seine Steuerlast durch eine rechtliche Gestaltung reduziert*. Darüber hinaus sind die nachfolgenden Voraussetzungen zu erfüllen:

- ▶ Die vorgenommenen Rechtshandlungen oder durchgeführten Transaktionen sind einzeln oder insgesamt als gezwungen künstlich oder unangemessen zur Erreichung des angestrebten wirtschaftlichen Erfolgs anzusehen.

- ▶ Es wird abgesehen von einer Reduktion der Steuerlast kein rechtlicher oder wirtschaftlicher Vorteil aus der Rechtshandlung oder der durchgeführten Transaktion erzielt.

Sind die genannten Voraussetzungen erfüllt, würden die Finanzbehörden die Steuern so festsetzen, als ob eine wirtschaftlich nachvollziehbare Transaktion stattgefunden hätte. Die so entstehende Steuernachforderung ist zu verzinsen.

2.3.2 Art. 16 - Allgemeines Steuergesetz

Nach Artikel 16 des Allgemeinen Steuergesetzes werden tatsächliche rechtliche Vorgänge in von Parteien wirtschaftlich gewollte Vorgänge umqualifiziert, wenn die folgenden Merkmale vorliegen:

- ▶ ein bewusstes Abweichen zwischen dem wirtschaftlich Gewolltem und dem tatsächlich Durchgeführten;
- ▶ eine als künstlich zu wertende Vereinbarung zwischen den Parteien, die das tatsächlich Durchgeführte wiedergibt sowie
- ▶ eine Absicht, Dritte zu täuschen.

Art. 16 zielt insbesondere auf eine Täuschungsabsicht ab, so dass auch die Erhebung von Strafzahlungen möglich ist. Die Rechtsfolgen stimmen im Übrigen mit denen des Art. 15 des Allgemeinen Steuergesetzes überein.

2.4 Besteuerung von spanischem Grundbesitz in Deutschland

In der täglichen Praxis wird immer wieder die Frage gestellt, wie Einkünfte aus spanischem Grundbesitz (z.B. die Vermietung einer Finca) in Deutschland behandelt werden, die einer natürlichen Person gehören. Diese Person ist in Deutschland mit ihrem Welteinkommen der Besteuerung unterworfen. Bevor wir die deutschen Vorschriften kurz beschreiben müssen wir auf die beiden Begriffe "Freistellungsmethode" und "Anrechnungsmethode" aus dem Doppelbesteuerungsabkommen eingehen. Was bedeuten diese beiden Begriffe?

Freistellungsmethode: Die Mieteinkünfte werden in dem Land, in dem das Vermietungsobjekt liegt (sog. Belegenheitsstaat), besteuert und im Wohnsitzstaat des Hausbesitzers nicht erfasst. Der Wohnsitzstaat kann die Einkünfte aber bei der Bemessung des Steuersatzes berücksichtigen (sog. Progressionsvorbehalt). **Anrechnungsmethode:** Die Erträge werden im Belegenheits- und im Wohnsitzstaat besteuert. Die im

Belegenheitsstaat gezahlten Steuern werden aber auf die Steuern im Wohnsitzstaat angerechnet.

Die Besteuerung in Deutschland wird wie folgt vorgenommen:

2.4.1 Vermietungseinkünfte

Das Besteuerungsrecht für die nach deutschem Recht zu ermittelnden Einkünfte aus unbeweglichem spanischem Vermögen steht sowohl dem Belegenheitsstaat Spanien als auch dem Ansässigkeitsstaat Deutschland zu. Um eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, wird die in Spanien gezahlte Steuer aber auf die deutsche Einkommensteuer angerechnet. Diese Anrechnungsmethode gilt auch für Einkünfte aus einem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb in Spanien.

2.4.2 Selbstnutzung

Die Selbstnutzung einer spanischen Immobilie konnte bis einschließlich 1998 noch zu steuerpflichtigen Einkünften in Deutschland führen. Auch für diese Fälle galt die Anrechnungsmethode. Ab dem 01.01.1999 führt z.B. die Selbstnutzung einer Finca nicht mehr zu steuerpflichtigen Einkünften in Deutschland.

2.4.3 Veräußerungsgewinne

Auch bei Einkünften aus der Veräußerung einer spanischen Immobilie steht das Besteuerungsrecht sowohl Spanien als auch Deutschland zu. Nach der neueren BFH-Rechtsprechung (Beschluss v. 19.5.2010, I B 191/09, Tz. 28) durften solche Einkünfte nicht mehr über die Anrechnungsmethode gelöst werden. Dieser Auffassung hatte sich die Finanzverwaltung dann angeschlossen. Somit durften die spanischen Veräußerungsgewinne nicht mehr in die Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer einbezogen werden; in allen offenen Fällen ist die Freistellungsmethode (Art. 23 Abs. 1a DBA-Spanien) zu wählen. Allerdings unterliegen die Einkünfte in Deutschland dem Progressionsvorbehalt.

Achtung: Das ist der Rechtsstand bis zum 31.12.2012 gewesen. Ab dem 01.01.2013 gilt das neue DBA-Spanien, welches zwischen den beiden Ländern ausgehandelt wurde. Ab diesem Zeitpunkt ist ausdrücklich die Anwendung der Anrechnungsmethode vorzunehmen (Art. 22 Abs. 2b).

2.4.4 Zusammenarbeit der Behörden

Der Informationsaustausch zwischen den beiden Staaten zeichnete sich in den 90-iger Jahren noch durch eine sehr schleppende Bearbeitungsweise aus. Hier weht neuerdings ein anderer Wind: Auskunftsersuchen und Spontanauskünfte aus beiden Richtungen sind an der Tagesordnung. Ersuche werden zügig und nicht selten über die nachgefragten Informationen hinaus beantwortet. Die deutschen Finanzbehörden pflegen mit den spanischen Kollegen seit einigen Jahren einen regen Auskunftsverkehr,

An der weiteren Intensivierung und Ausdehnung des Informationsaustausches wird insbesondere auch das neue DBA zwischen Spanien und Deutschland großen Anteil haben. Das alte DBA Spanien, das im Frühjahr 2012 bis zur Ratifizierung des neuen DBA aus Ende 2011 noch in Kraft ist, sah nur eine kleine Informationsaustauschklausel vor. Diese ermächtigt nur zu Auskünften, die unmittelbar auf die abkommensrechtlichen Rechtsfolgen einwirken.

Die große Auskunfts-klausel, die das neue DBA nunmehr in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen folgt, dient nunmehr der Durchführung auch des innerstaatlichen Rechts. Es geht hierbei um tatsächliche und rechtliche Verhältnisse, die der ersuchende Staat für die Entscheidung über den Steueranspruch dem Grunde und der Höhe nach benötigt. Das neue DBA geht sehr weit in seiner Formulierung. Vom Informationsaustausch sind nunmehr "Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten, einer seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden" und die für Rechnung der Vertragsstaaten voraussichtlich erheblich sind, umfasst.

Es handelt sich mithin um eine Generalklausel, die es deutschen und spanischen Behörden in Kürze auch ermöglicht, bis auf Gemeindeebene in Spanien heruntergehende Steuerinformationen zu ersuchen. Auch Gruppenanfragen könnten, sobald der gesetzgeberische Weg geebnet ist, bald Standard sein.

Deutsche Investoren in Spanien müssen mithin nicht nur die erweiterten Mitwirkungspflichten in Deutschland nach § 90 Abs.2 AO berücksichtigen, sondern auch das umfangreiche Instrumentarium der zwischenstaatlichen Informationsbeschaffung.

Die wichtigsten und effizientesten Rechtsgrundlagen der Finanzbehörden sind dann:

- ▶ Die Richtlinie 2011/16 EU vom 15. Februar 2011 über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung.

- ▶ Das neue DBA mit der großen Auskunfts Klausel. Nach der neuen Richtlinie 201 1/16 EU kann durch den Passus "Steuern aller Art" auch die Erbschaftsteuer Gegenstand des deutsch-spanischen Auskunftsverkehrs sein.

Dies war bisher nicht der Fall. Weder auf der Grundlage des bestehenden DBA-Spanien-Deutschland noch auf der Grundlage der EU-Richtlinie.

Der automatische Auskunftsverkehr wird ab dem Besteuerungszeitraum 2014 auch bezüglich des Eigentums an unbeweglichem Vermögen und daraus erzielten Einkünften erfolgen.

3. Spanische DBA-Politik & FATCA

3.1 Veräußerung von Anteilen an Immobiliengesellschaften

In Übereinstimmung mit dem OECD Musterabkommen enthalten die neuen DBAs mit Deutschland und der Schweiz Bestimmungen, nach denen das Besteuerungsrecht bei der Veräußerung von Anteilen an Immobiliengesellschaften künftig dem Belegenheitsstaat der Immobilie zusteht. Ziel dieser neuen Abkommenspolitik Spaniens ist es, die Verlagerung des Besteuerungsrechts beim Verkauf von Immobiliengesellschaftsanteilen durch die Zwischenschaltung einer Kapitalgesellschaft zu verhindern.

3.2 Hybride Finanzierung

Eine Neuregelung ergibt sich für die DBAs mit Deutschland und der Schweiz für solche Zinsen und Dividenden, die auf Rechte oder Forderungen aus hybriden Finanzierungsinstrumenten beruhen. Betroffen sind Rechte oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung, einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschaft oder Einkünfte aus **partiarischem Darlehen** oder Gewinnobligationen. Unabhängig von den allgemeinen Zins- und Dividendenartikeln des jeweiligen DBAs hat sich Spanien als Quellenstaat einen Quellensteuerabzug vorbehalten. Für Finanzierungsstrukturen, in denen bislang eine gewinnabhängige Vergütung vorgesehen war, besteht daher unmittelbarer Anpassungsbedarf.

3.3 Authorized OECD Approach

Für Zwecke der Gewinnermittlung von Betriebsstätten wird eine uneingeschränkte wirtschaftliche Selbstständigkeit der Betriebsstätte fingiert (sog. Functionally Separate Entity Approach). Für Zwecke der steuerliche Gewinnermittlung werden sie – unabhängig von der zivilrechtlichen Behandlung und den tatsächlichen Begebenheiten – wie selbstständige Tochtergesellschaften behandelt. Rechtsgeschäfte mit diesen sind wie Leistungen zwischen nahestehenden Unternehmen zu besteuern. Maßgebliche Bedeutung hat dabei die Zuordnung von Unternehmensgewinnen zur Betriebsstätte. Zudem wird der Fremdvergleichsgrundsatz für diese Zwecke auch auf das Verhältnis zwischen Stammhaus und Betriebsstätte ausgeweitet.

3.4 Verhinderung weißer Einkünfte

In der Vergangenheit entsprach es der spanischen Abkommenspolitik, beim Abschluss eines DBA grundsätzlich von der Freistellungsmethode Gebrauch zu machen. Dies geschah unabhängig davon, ob im Quellenstaat tatsächlich eine Besteuerung erfolgte. Kam es im Quellenstaat zu keiner Besteuerung, blieben die Einkünfte endgültig unversteuert. Ein Wechsel Spaniens zur Anrechnungsmethode war nicht möglich.

In Zukunft kommt die Freistellungsmethode nur dann in Betracht, wenn die Einkünfte nicht nur im Quellenstaat besteuert werden dürfen, sondern auch tatsächlich einer Besteuerung unterworfen sind (subject-to-tax-Klausel). Sofern keine Besteuerung im Quellenstaat stattfindet, wird auf die Anrechnungsmethode zurückgegriffen (switch-over-Klausel). Dies bedeutet, dass der Steuerpflichtige in Zukunft nur noch in den Genuss der Freistellungsmethode kommt, wenn er eine Besteuerung im Quellenstaat nachweisen kann. Gelingt ihm das nicht, wird er auf die Anrechnungsmethode zurückverwiesen. Das neue Abkommen mit Deutschland hat zudem eine Aktivitätsregel, die an die Regelungen des Außensteuergesetzes anknüpft. Die Freistellungsmethode kann danach für Betriebsstätten- und Dividendeneinkünfte nur dann Anwendung finden, wenn die in Deutschland ansässige Person nachweist, dass die im Quellenstaat - hier Spanien - ansässige Gesellschaft ihre Bruttoerträge zumindest fast ausschließlich aus aktiven Tätigkeiten im Sinne des Außensteuergesetzes stammen.

3.5 Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien (G5-Staaten) und die USA haben am 8. Februar 2012 in einer gemeinsamen Erklärung über den Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung ein Musterabkommen erarbeitet und veröffentlicht. Hierdurch werden die von den USA mit FATCA (**F**oreign **A**ccount **T**ax **C**ompliance **A**ct) verfolgten Ziele auf eine zwischenstaatliche Grundlage gestellt. Im Gegenzug verpflichten sich die USA, den Partnerstaaten steuerlich relevante Informationen zur Verfügung zu stellen. Das Musterabkommen soll als Grundlage für entsprechende bilaterale Vereinbarungen dienen und hat folgenden Inhalt:

- ▶ Die G5-Staaten verpflichten sich jeweils, von den in ihrem Gebiet ansässigen Finanzinstituten die Informationen über für US-Kunden geführte Konten zu erheben und der US-Behörde (Internal Revenue Service, IRS) zur Verfügung zu stellen.
- ▶ Die USA verpflichten sich im Gegenzug, dem jeweiligen Vertragspartner Informationen über Zins- und Dividendeneinkünfte zur Verfügung zu stellen, die die US-Steuerbehörde von US-Finanzinstituten erhebt.
- ▶ Die USA verpflichten sich, alle Finanzinstitute des jeweiligen Vertragspartners von der Pflicht auszunehmen, mit der US-Steuerbehörde Vereinbarungen abschließen zu müssen, um in den USA Quellensteuereinbehalte unter FATCA zu vermeiden.

Die G5-Staaten und die USA sind zuversichtlich, dass auch andere Staaten diesem Ansatz folgen und so die Kooperation zwischen den Staaten zur Bekämpfung der grenz-überschreitenden Steuerhinterziehung verbessert und intensiviert werden kann. In diesem Zusammenhang werden die G5-Staaten und die USA in Zusammenarbeit mit anderen Partnerländern, der OECD und ggf. der EU gemeinsame standardisierte Melde- und Sorgfaltspflichten erarbeiten, um so den Übergang zu einem globaleren System zu fördern, das die Steuerhinterziehung so effizient wie möglich bekämpft und den Vollzugsaufwand so gering wie möglich hält.

HINWEIS: Wir sind auf dieses Thema etwas näher eingegangen um nochmals die Notwendigkeit einer sachgerechten Einreichung des Modelo 720 (Erklärung über das Auslandsvermögen von spanischen Residenten) zu verdeutlichen. Siehe dazu auch die Ausführungen unter Gliederungspunkt "1" (Neues Amtshilfegesetz in der Schweiz)

3.6 Kampf gegen Steuerlücken

Kurz vor dem G-20-Gipfel in Moskau nimmt die OECD internationale Grosskonzerne ins Visier. In einem am 12. Februar 2013 veröffentlichten Zwischenbericht zeigt sie auf, wie Steuervermeidung von Unternehmen bekämpft und Steuerlücken geschlossen werden sollen. Verschiedene Kernpunkte werden genannt, unter anderem Transferpreise, die Behandlung von Finanztransaktionen innerhalb eines Konzerns, die Besteuerung digitaler Güter und Dienstleistungen und privilegierte Steuerregime. Die Vorstösse der OECD betreffen auch die Schweiz als attraktiven Steuerstandort für internationale Unternehmen und setzen diesen unter Druck. Auch wenn nicht in allen Punkten Nachteile befürchtet werden müssen, steht für die Schweiz beispielsweise bei den Transferpreisen und den privilegierten Steuerregimen doch viel auf dem Spiel. Im Gegensatz zur EU, die ebenfalls die hiesigen Steuerprivilegien kritisiert, strebt die OECD aber nach weltweiten Standards, womit - zumindest theoretisch - Gleichheit gelten sollt. Es bleibt spannend.

4. Praxishinweise für die Umkehr der IVA-Zahllast

Wir haben für unsere Mandantten mit grossem Erfolg bei "Frühstücksgesprächen" in unseren Büroräumen die Problematiken der neuen Umkehr der Steuerzahllast referiert, kommuniziert und diskutiert. Bei den intensiv geführten Gesprächen wurden folgende Themenkomplexe besprochen:

1. **Motive der Gesetzesreform**
2. **Funktionsweise der neuen Regelung**
3. **Rehabilitación - Reforma**
4. **Probleme und Lösungen**

Wir haben über diese Gespräche eine Unterlage erstellt die Sie sich gerne von unserer Website www.europeanaccounting.net herunterladen (Veröffentlichungen) können.

5. Erstellung der Buchhaltung im EU-Ausland

Wegen unserem System "Digitales Finanz- und Rechnungswesen", für das wir im März 2012 den Innovationspreis-IT der Initiative Mittelstand von der Bundesrepublik Deutschland und IBM erhalten haben, wird häufig die Frage gestellt ob die Buchführung außerhalb Deutschlands überhaupt erstellt werden darf.

Es ist ein Antrag beim zuständigen Finanzamt, nach den Vorschriften des § 146 AO, zu stellen. Diesem Antrag muss statt gegeben werden wenn die formalen geforderten Grundzüge erfüllt sind. In der OFD Verfügung Nr. 605/119-V2001 RhSt 41 sind die Voraussetzungen der "Verlagerung der elektronischen Buchführung" beschrieben. Unser System des "Digitalen Finanz- und Rechnungswesen" erfüllt umfänglich die geforderten Voraussetzungen.

6. Immobilienpreisentwicklung

Nicht nur die US-Finanzkrise hat die verheerenden Folgen einer platzenden Immobilienblase deutlich gemacht. Auch in vielen europäischen Ländern, wie Großbritannien, Irland und Spanien, platzten die durch niedrige Zinsen aufgeblähten Preisblasen bei Wohnimmobilien. So haben sich die Immobilienpreise in Irland seit ihrem Höhepunkt im Jahr 2007 bis heute halbiert und liegen wieder etwa auf dem Niveau des Jahres 2000. Spanische Immobilien haben seither im Durchschnitt etwa ein Viertel ihres Wertes verloren. Den jüngsten Untersuchungen der Europäischen Zentralbank (EZB) zufolge hat sich der Preisrückgang für Wohnimmobilien (Häuser und Eigentumswohnungen) in den Problemländern zuletzt noch weiter verschärft. In Spanien verloren Immobilien im 1. Halbjahr 2012 13,5 %, in Irland 16,3 % ihres Werts. Im gesamten Euroraum gingen die Preise vor diesem Hintergrund um 1,2 % zurück, nachdem sie 2010 und 2011 noch um jeweils 1 % gestiegen waren. Die Folgen des enormen Preisverfalls an den europäischen Immobilienmärkten sind nur allzu bekannt und auch bei uns noch immer spürbar: Aufgrund mangelnder Schuldentragfähigkeit der privaten Haushalte sind viele kreditfinanzierte Immobilienkäufe geplatzt, sodass der Finanzsektor und die gesamte Wirtschaft ins Straucheln gerieten. Nur mit umfangreichen staatlichen Hilfen konnten Banken und Konjunktur wieder aufgepäppelt werden. Die Saat für die Staatsschuldenkrise war gesät.

Vor diesem Hintergrund verwundert der jüngste Anstieg der Immobilienpreise - insbesondere in Deutschland - und ruft teilweise Unbehagen hervor. Wir teilen dieses Unbehagen nicht, da die Folgen der Staatsschuldenkrise, namentlich das extrem niedrige Zinsniveau und die Unsicherheit über den Fortbestand des Euro, bisher zur Miete wohnende Menschen dazu angeregt, sich Immobilien zuzulegen. Aber auch private und institutionelle Investoren haben aufgrund der Unsicherheit an den Kapitalmärkten, der niedrigen Verzinsung von Staatsanleihen sowie der Sorge um den Erhalt der Geldwertstabilität Umschichtungen in Sachwerte vorgenommen und für Zuflüsse in das als inflationssicher geltende „Betongold“ gesorgt.

Wir bemerken in Spanien ein nachhaltig zunehmendes Interesse - insbesondere auf Mallorca - von Käufern, da anscheinend die Preise die Talsohle erreicht haben. Von diesen Kaufinteressierten bekommen wir zu hören: "Sollte es zu Inflation kommen - wovon wir ausgehen - werden die Immobilienbesitzer die Gewinner sein".

7. Haftungshinweise

Diese Mandantendepesche dient ausschließlich zu Informationszwecken. Für den Inhalt können wir keine Haftung übernehmen, obwohl sie auf Informationen beruht, die wir als sehr zuverlässig erachten. Die genutzten Informationsquellen ändern sich täglich durch Rechtsprechung auf europäischer, landesspezifischer und/oder regionaler Entscheidungen. Weiterhin kann der Transfer mit elektronischen Medien Änderungen hervorrufen. Wir können deshalb keine Zusicherung oder Garantie für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Ausgewogenheit abgeben und auch keine diesbezügliche Haftung oder Verantwortung übernehmen. Jede Entscheidung bedarf geeigneter und fallbezogener Aufbereitung und Beratung und sollte nicht alleine aufgrund dieses Dokumentes erfolgen.

8. Schriftenreihe "Mallorca 2030"

The advertisement features a dark blue background with a white arc at the top. In the top right corner, there is a white icon of an open book with a hand cursor pointing to it, and the text "DigiBook". Below this, the title "Schriftenreihe Mallorca 2030" is written in orange and white. The text "Erhältlich im iBookstore (Interaktives iBook)" is centered in white. Below this, three book covers are displayed in a row, each with a small blue icon of a book with a play button. The covers are: "Flugzeuge", "Die Finca auf Mallorca", and "Sociedad Limitada Praxisrelevante Grundlagen". Below the iBookstore section, the text "Erhältlich bei Amazon.de (Paperback)" is centered in white. Below this, six book covers are displayed in two rows of three, each with a small black Amazon logo icon. The covers are: "Auswandern nach Mallorca?", "Selbstgenutzte Ferienimmobilie", "Grundzüge und Besteuerung einer Sociedad Limitada", "Digitale Buchführung", and "Digitales Rechnungswesen für international tätige KMU".

Schriftenreihe Mallorca 2030 DigiBook

Erhältlich im iBookstore (Interaktives iBook)

- Flugzeuge**
Leitfaden für professionelle Investitionen in Sachwerte
- Die Finca auf Mallorca**
Lebensqualität mit Inflationsschutz? Erwerb, Nutzung, Vererben und Verkauf unter Berücksichtigung des neuen DLR-Zweck-Darlehens und Sparans
- Sociedad Limitada Praxisrelevante Grundlagen**
Beschreibung der wichtigsten haftungsrechtlichen und steuerlichen Grundlagen. Rechtsstand Juni 2012.

Erhältlich bei Amazon.de (Paperback)

- Auswandern nach Mallorca?**
Hinweise und Ratschläge zur Steuerpflicht und Anwaltspflicht in Deutschland und Spanien
- Selbstgenutzte Ferienimmobilie**
Zweite aktualisierte Auflage. Erwerb, Nutzung, Vererben und Verkauf unter Berücksichtigung der neuen Doppelbesteuerungsabkommen
- Grundzüge und Besteuerung einer Sociedad Limitada**
Rechtsstand Juli 2010
- Digitale Buchführung**
Praxishinweise und Tipps zur Einführung der digitalen Buchführung
- Digitales Rechnungswesen für international tätige KMU**
Praxishinweise zur Optimierung von Geschäftsprozessen

Bitte **klicken** Sie auf das Icon, um in den jeweiligen Store zu gelangen.

9. Ansprechpartner

Asesor Fiscal - Steuerberater

Dipl. Kfm. Willi Plattes

n° colegiado 862

====

Asesora Fiscal - Steuerberaterin

Petra Schmidt

=====

Assistent der Geschäftsleitung

Thomas Fitzner

European@ccounting

Center of Competence ®

Cami dels Reis 308

Complejo Ca'n Granada

Torre A, 2º

E-07010 Palma de Mallorca

Tel. 0034 971 679 418

Fax 0034 971 676 904

WilliPlattes@europeanaccounting.net

www.europeanaccounting.net